

**Gemeinsame Erklärung der Außenminister  
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen**

**Warschau, 2. November 2018**

Die Regierungen Deutschlands und Polens sind heute in Warschau zusammengekommen, um ihre strategische Partnerschaft als Nachbarn und Partner in der Europäischen Union (EU) und der NATO weiterzuentwickeln, wobei es auch einen intensiven Austausch zwischen ihren Außenministern gab. Unsere Länder, die durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Verbindungen eng miteinander verflochten sind, haben die gemeinsame Vision eines starken und geeinten Europas, das auf einem Netz enger Beziehungen zwischen all seinen Mitgliedstaaten beruht.

Wir verpflichten uns, die multilaterale, regelbasierte internationale Ordnung als eine Grundlage für Wohlstand und Frieden für alle Nationen zu stärken. In diesem Zusammenhang verpflichten wir uns, während unserer gemeinsamen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019 und innerhalb der Vereinten Nationen allgemein eng zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen, beispielsweise das Völkerrecht zu stärken, eine wirksame Konfliktprävention zu gewährleisten, die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit voranzubringen, die Themen sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels und Menschenrechtsverletzungen anzugehen sowie Zivilpersonen, insbesondere Kinder, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, zu schützen.

Wir bekräftigen die Bedeutung der trilateralen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks sowie unseren Wunsch, dessen Wirksamkeit zu stärken. Wir unterstützen den Vorschlag, bald ein nächstes Treffen der Außenminister des Weimarer Dreiecks abzuhalten. Wir werden weiterhin als Partner in anderen regionalen Initiativen wie Visegrád Plus, dem Berliner Prozess sowie der Drei-Meere-Initiative zusammenarbeiten.

\*\*\*

In unseren bilateralen Beziehungen werden wir die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung einer positiven Agenda fortsetzen, mit der sowohl das engmaschige Netz der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern gestärkt wird als auch regionale Initiativen, die zu Einheit, Solidarität und Zusammenarbeit innerhalb von EU und NATO beitragen, gefördert werden.

Wir begrüßen unsere sehr guten Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich der Tatsache, dass wir zu den wichtigsten Handelspartnern des jeweils anderen zählen. Es ist uns ein Anliegen, die für beide Seiten vorteilhaften Entwicklungen in unseren Wirtschaftsbeziehungen weiter zu stärken. Wir sind davon überzeugt, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der vollständigen Achtung der vier Freiheiten und der Wettbewerbsregeln sowie auf Rechtsstaatlichkeit und anderen Standards und den im Europarecht verankerten Werten basieren sollte. Vor dem Hintergrund der globalen

Herausforderungen der heutigen Zeit muss die EU das Potenzial des Binnenmarkts in vollem Umfang ausschöpfen. Deutschland und Polen unterstützen die Vertiefung des digitalen Binnenmarkts und regen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung digitaler Technologien und Innovationen in der Wirtschaft an. Wir werden eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich innovative Technologien und Lösungen fördern, einschließlich Elektromobilität. Innerhalb eines Jahres wird eine deutsch-polnische Wirtschaftskonferenz stattfinden.

Wir bringen unsere Zufriedenheit im Hinblick auf das umfangreiche Netzwerk persönlicher Kontakte zwischen Deutschland und Polen zum Ausdruck. Wir unterstreichen, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und insbesondere der Jugendaustausch für die Förderung der Verständigung zwischen unseren beiden Nationen sind. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk ist ein besonders erfolgreiches Beispiel für unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Es bietet jungen Menschen aus beiden Ländern die Möglichkeit, ihre Nachbarn kennenzulernen und dauerhafte Freundschaften zu schließen. Wir unterstützen diese und andere Initiativen, mit denen Wissen über Polen in Deutschland und Wissen über Deutschland in Polen gefördert wird.

Durch die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz wird die Erinnerung an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte wachgehalten. Dort wird den jungen Menschen beider Länder vermittelt, welche Lehren wir aus unserer Vergangenheit für unser zukünftiges Zusammenleben ziehen müssen. Wir werden die Arbeit und die zukünftige Entwicklung dieser etablierten Einrichtung weiterhin unterstützen. Gleiches gilt für die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Krzyżowa/Kreisau. Hier wird jungen Menschen aus Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern die Möglichkeit gegeben, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen Kulturen in Kontakt zu kommen. Wir erkennen die positive Rolle an, welche die Internationale Jugendbegegnungsstätte innerhalb unserer Zusammenarbeit spielt, und sagen zu, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Zukunft dieser Einrichtung zu sichern und sie zu stärken.

Angesichts des tragischen Erbes des Zweiten Weltkriegs, der durch den Einmarsch Deutschlands in Polen am 1. September 1939 ausgelöst wurde, ist der deutsch-polnische Aussöhnungsprozess von wesentlicher Bedeutung für die weitere Vertiefung unserer bilateralen Beziehungen. In Vorbereitung des 80. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 2019 und im Hinblick auf die Stärkung unserer Beziehungen und die Förderung der Verständigung im Geiste der Aussöhnung erkennen wir die fortdauernde Notwendigkeit an, ein Bewusstsein für die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, unter besonderer Berücksichtigung der tragischen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg, zu schaffen. Wir begrüßen entsprechende Initiativen, der polnischen Opfer der deutschen Besatzung Polens zwischen 1939 und 1945 zu gedenken.

Beide Regierungen würdigen den Beitrag, den unsere in Deutschland und Polen ansässigen Gemeinschaften für unsere Beziehungen geleistet haben. Wir werden die Bestimmungen des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 weiterhin achten und umsetzen, einschließlich der Bestimmungen in den Artikeln 20 bis 22. Wir erkennen die Bedeutung weiterer Gespräche im Format des „Runden Tisches“ an, das 2011 ins Leben gerufen wurde, und erklären unsere Bereitschaft, diese Gespräche fortzusetzen.

\*\*\*

Die auf europäischen Werten gegründete EU bildet den zentralen Rahmen für die Wahrung unserer Freiheit und unseres Wohlstands. In der Überzeugung, dass die EU unser gemeinsames Gut ist, sind sich Deutschland und Polen der sich ihnen stellenden Herausforderungen, beispielsweise beschleunigte Globalisierungs- und Digitalisierungsprozesse sowie Risiken von außerhalb der EU, bewusst. Wir sind daher überzeugt, dass wir weiterhin auf eine Reform der EU hinarbeiten sollten, um die Union sowohl nach außen als auch im Innern zu stärken. Wir sind der Meinung, dass alle Mitgliedstaaten die Zukunftsvision der EU gestalten werden und erwarten, dass sie sich aktiv an diesem Prozess beteiligen, indem sie konkrete Vorschläge und Initiativen einbringen. Wir werden die europaweiten Überlegungen zur Zukunft der EU fortsetzen, auch in Bezug auf die Beziehungen mit den nationalen Regierungen und Parlamenten, und sind überzeugt, dass die Bürger einen wichtigen Beitrag zu diesem Prozess leisten können. Im Rahmen der Überlegungen zur Zukunft der EU werden wir die Sorgen der europäischen Bürger berücksichtigen. Im Einklang mit dem laufenden Prozess der europaweiten Bürgerbefragungen sind wir übereingekommen, im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 bilaterale deutsch-polnische Bürgerdialoge abzuhalten.

Deutschland und Polen betonen die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes der EU im Hinblick auf das Thema Migration, durch den im Einklang mit unseren Grundsätzen und Werten eine wirksamere Kontrolle der Außengrenzen der EU, verstärkte außenpolitische Maßnahmen und interne Aspekte miteinander verknüpft werden.

Deutschland und Polen bedauern die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszutreten. Wir heben hervor, dass die Aufrechterhaltung enger politischer und wirtschaftlicher Verbindungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Austritt aus der EU im Interesse unserer Länder liegt.

Beide Regierungen sind sich darin einig, dass die Verhandlungen über den zukünftigen Finanzrahmen so schnell wie möglich abgeschlossen werden sollten. Die Ausgaben aus dem zukünftigen EU-Haushalt sollten ausgewogen auf die Politikbereiche des Vertrags und zukunftsorientierte Bereiche mit hohem zusätzlichen europäischen Nutzen verteilt werden, wobei die in der Erklärung von Rom 2017 dargelegten gemeinsamen Herausforderungen und politischen Schwerpunkte berücksichtigt und gleichzeitig die langfristigen Vertragsziele weiterverfolgt werden sollten.

Deutschland und Polen bekräftigen die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, sowohl bilateral als auch innerhalb der NATO, sowie von fortgesetzten Bemühungen um den Schutz und die Stärkung der transatlantischen Beziehungen, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Unsere beiden Regierungen befürworten eine NATO-Politik, die eine enge Zusammenarbeit mit Partnern und die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten bei Erfüllung der Bedingungen ermöglicht.

Unsere beiden Regierungen betonen, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzubringen, mit dem Ziel, europäische zivile und militärische Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten aufzubauen. Beide Länder betrachten die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) als ein Instrument zur Stärkung der Zusammenarbeit in

der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur Ankurbelung von Investitionen in die militärische Infrastruktur. Sowohl Deutschland als auch Polen sehen dem Pakt für die zivile GSVP als neuem Rahmenwerk zur Erreichung qualitativ und quantitativ gleichermaßen anspruchsvoller Ziele im Hinblick auf die zivilen Krisenbewältigungsfähigkeiten Europas erwartungsvoll entgegen. Wir sind zuversichtlich, dass die neuen Initiativen die europäischen Fähigkeiten stärken und die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, insbesondere mit der NATO und ihren Mitgliedstaaten auf beiden Seiten des Atlantiks, verbessern werden.

Deutschland und Polen unterstützen die Energieunion der EU und die Fortschritte, die im Hinblick auf unsere gemeinsame europäische Energie- und Klimapolitik erzielt wurden. Beide Länder erkennen die Bedeutung der europäischen Solidarität bei der Energieversorgungssicherheit an und billigen die Politik der EU zur Diversifizierung der Energieversorgung. Deutschland und Polen haben unterschiedliche Standpunkte zum Projekt Nord Stream 2 vorgetragen.

Deutschland und Polen begrüßen die bisher erzielten Fortschritte im Rahmen der Politik der Östlichen Partnerschaft, wodurch die Zone der Stabilität und der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit auf die östlichen Nachbarn der EU ausgedehnt werden konnte. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, diese Politik weiterzuentwickeln, und erkennen die Notwendigkeit an, ihr neue politische Dynamik zu verleihen.

Deutschland und Polen messen dem Erweiterungsprozess der EU große Bedeutung bei. Wir bleiben der europäischen Perspektive der westlichen Balkanstaaten auf der Grundlage der von der EU festgelegten Kriterien verpflichtet. Wir unterstreichen, dass der Berliner Prozess, dessen nächstes Gipfeltreffen Polen 2019 ausrichten wird, ein wichtiges Instrument zur Unterstützung des Prozesses der Integration der westlichen Balkanstaaten in die EU ist.

\*\*\*

Wir fordern Russland auf, die universellen Normen des Völkerrechts, einschließlich des Grundsatzes der territorialen Unversehrtheit, sowohl allgemein als auch von Nachbarstaaten, sowie die Rechte ethnischer und religiöser Gruppen, demokratische Prozesse und die Rechtsstaatlichkeit zu achten. Wir sind besorgt darüber, dass die Russische Föderation ihre Verpflichtungen im Hinblick auf die Stabilisierung der Situation im Donbass, die in den Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 festgelegt wurden, weiterhin nicht erfüllt. Besonders besorgt sind wir über Russlands Politik der vollendeten Tatsachen in Bezug auf das international anerkannte Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der Halbinsel Krim. Das Fortbestehen der von der Europäischen Union mit Blick auf den Donbass verhängten Wirtschaftssanktionen steht in direktem Zusammenhang mit der unwiderruflichen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch Russland.

Wir betonen die Bedeutung der EntschlieÙung 2246 (2018) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zum Absturz der Maschine Tu-154M der polnischen Luftwaffe am 10. April 2010, an deren Bord sich eine polnische Staatsdelegation befand, über dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation.

Die Ukraine ist ein wichtiger Partner für unsere beiden Länder. Ihre stabile und langfristige demokratische Entwicklung ist auch für die Region insgesamt von Bedeutung. Wir setzen unsere Unterstützung für die Reformagenda der ukrainischen Regierung fort, rufen sie auf, ihre

diesbezüglichen Anstrengungen fortzuführen und sichern unsere anhaltende Unterstützung in Bezug auf die Umsetzung dieser Reformen zu.

\*\*\*

Deutschland und Polen sind entschlossen, ihre enge Zusammenarbeit in allen Bereichen, also im Hinblick auf die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Weiterentwicklung der EU, die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik sowie bei außenpolitischen Themen allgemein, fortzusetzen, um unsere Beziehungen im Herzen Europas weiter zu vertiefen.